



# Abschiebung!



Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts nehmen in Deutschland die Abschiebungen zu. Kurden werden in die Hände der türkischen Militärpolizei abgeschoben, iranische Oppositionelle müssen zurück zum Mullah-Regime. Menschen aus Afghanistan, Zaire und Burundi, in denen verschiedene staatliche oder halbstaatliche Gangsterbanden herrschen, erhalten kein Bleiberecht. Begründung: Wo es keinen richtigen Staat gibt, gibt es auch keine staatliche Unterdrückung. (weiter S. 2)

- ★ **Sofortiger Abschiebestop**
- ★ **Bleiberecht für alle**
- ★ **NEIN zur Abschiebehaft**
- ★ **Wohnungen statt Sammellager, volle Sozialhilfe statt Gutscheinen**
- ★ **Abschaffung der Sondergesetze gegen Ausländer**
- ★ **Arbeit, Ausbildung und Wohnung für alle**

Infos: Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80

**Sozialistische Alternative VORAN SAV**

# Abgeschoben!

## K. Tshindaye, Zaire:

Tshindaye gehörte zur Opposition gegen den Diktator Mobutu. Schon in den 80ern wurde er verhaftet und gefoltert. 1990 fahndete das Militärregime wegen seiner Teilnahme an einem Oppositionstreffen nach ihm. Er verließ das Land und kam nach Deutschland. 1991 kehrte er mit gefälschten Papieren nach Zaire zurück, weil er sich um seine Familie sorgte. Die Suche nach der Familie blieb erfolglos, er schloß sich wieder der Opposition an. 1992 floh er erneut vor der Geheimpolizei. Er kam wieder nach Deutschland und stellte, da er seinen richtigen Paß nicht mehr hatte, einen neuen Asylantrag mit dem falschen Paß. Dies ist laut Ausländergesetz ein Abschiebegrund, er wurde in Abschiebehaft genommen. Seine Schilderung wurde von den Gerichten als unglaubwürdig bezeichnet, weil er falsche Papiere hatte. Trotz der Bitte des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO und einer massiven Kampagne für sein Bleiberecht wurde Tshindaye im September 1993 von der Bremerhavener Ausländerpolizei in die Hände des zairischen Folterregimes abgeschoben. Was ihm seitdem passiert ist, ist unklar.



## Fortsetzung von Seite 1

Viele verschwinden nach der Abschiebung, ihr Schicksal ist unklar. Abgeschobene Kurden werden auf Istanbuler Polizeistuben gefoltert, in Indien wurden Flüchtlinge nach der Rückkehr von Polizisten erpreßt und ermordet. Insgesamt wurden 1993 40 000 Menschen in ihre „Heimat“ abgeschoben.

## Abschiebestop aufgehoben

Für die größten Flüchtlingsgruppen – türkische Kurden und Menschen aus Rest-Jugosla-



wien – bestand bis zum 30. November ein allgemeiner Abschiebestop. Zu offensichtlich waren die Gefahren, die diesen Menschen in ihren Herkunftsländern drohen. Den Abschiebestop hat Innenminister Kanther aufgehoben, obwohl bis auf Bayern alle Bundesländer diesen verlängern wollten. Zwar dürfen die Länder den Abschiebestop für KurdInnen bis zum 20. Januar verlängern, doch danach droht die endgültige Aufhebung.

## Flüchtlinge als Sündenböcke

Kanther spricht davon, durch die Duldung von Bürgerkriegsflüchtlingen drohe ein „neuer Asylsog“. Die Zahl der Flüchtlinge, die in die BRD einreisen, ist von 49.000 im Oktober

1992 auf 9000 im April dieses Jahres gesunken. Jetzt dürfte das „Boot“ nicht mehr „voll“ sein! Doch darum geht es nicht. Deutschland war nie von „Überfüllung“ bedroht.

Diese Regierungspropaganda dient nur dazu, die Flüchtlinge zu Sündenböcken zu machen und von den Ursachen der hausgemachten sozialen Probleme abzulenken.

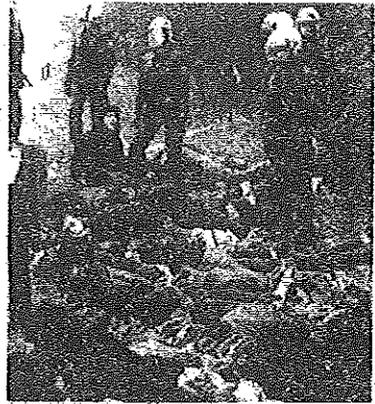
Sie sollen ablenken von sinkenden Einkommen und Sozialabbau, die deutsche Unternehmer und ihre Politiker gegen die ArbeiterInnen durchsetzen wollen, von Arbeitslosigkeit, die durch Entlassungen von deutschen Konzernen verursacht wird, von Wuchermieten und Wohnungsnot, durch die deutsche Miethaie, Makler und Banken ihre Profite erhöhen.

## Menschenunwürdig

Um Flüchtlinge abzuschrecken und sie noch mehr von der deutschen Bevölkerung zu isolieren, pfercht der Staat sie in Sammellagern zusammen. Ihre Sozialhilfe wurde gekürzt, sie haben kein Geld, um sich eigene Mahlzeiten zubereiten, sondern müssen das Großküchen-Essen "genießen". Ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.

*Amnesty international* berichtet von immer mehr Polizeischikanen gegen Flüchtlinge, von Kontrollen bis zu Folter. Vor der Abschiebung droht die Abschiebehaft. Bis zu 18 Monaten dürfen Menschen wie Kriminelle in ein Gefängnis gesteckt werden, obwohl sie kein anderes „Verbrechen“ begangen haben, als daß ihr Antrag auf Asyl nicht durchgekommen ist. Die Abschiebung selbst ist wegen gesteigener Brutalität der Polizei gefährlich geworden. Auf dem Frankfurter Flughafen sind 1994 mindestens zwei Menschen bei der Abschiebung durch Knebelung erstickt.

Der Abschiebestop für Bürgerkriegsflüchtlinge muß sofort wieder in kraft gesetzt werden.



## Krieg in Kurdistan

Im Südosten des Landes führt die türkische Armee einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Kurden. Seit 1984 sind über 12.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Armee hat 1600 Dörfer zerstört, Zehntausende sind aus dem Kriegsgebiet geflohen. In Kurdistan setzt die Türkei auch deutsche Waffen ein.

Angeblich herrscht im Westem der Türkei keine politische Verfolgung. Doch die Urteile gegen Leyla Zana und sieben andere kurdische Parlamentsabgeordnete - 15 Jahre Haft für freie Meinungsäußerung! - zeigen die Realität. Bei ihrem Urteil hat sich der türkische Staat „zurückgehalten“. Oppositionelle, die nicht so in der Öffentlichkeit stehen, können keine „Gnade“ erwarten: Das Redaktionsgebäude der pro-kurdischen Zeitung *Özgür Ülke* wurde kurzerhand in die Luft gesprengt, drei Mitarbeiter getötet.

# Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Klassen. Die *Sozialistische Alternative VORAN* kämpft für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für eine sozialistische Demokratie, in der nicht für den Profit produziert wird, sondern für die Bedürfnisse, in der die Wirtschaft von den arbeitenden Menschen demokratisch geplant wird.

Nur so können in Europa Arbeitslosigkeit und Rassismus beseitigt werden, nur so können die Fluchtursachen wie Ausbeutung durch westliche Konzerne oder nationalistische Bürgerkriege auf dem Balkan, in Afrika oder in Asien bekämpft werden.

Der Sozialismus kann nicht in einem einzelnen Land erkämpft werden. Krisen, Kriege und Umweltverschmutzung durchbrechen sämtliche Grenzen. Die Konzerne – zum Beispiel in der Europäischen Union – nutzen das Argument der „Konkurrenzfähigkeit“ um Löhne zu drücken und Sozialabbau durchzusetzen.

Wir haben uns mit Gruppen z. B. in Britannien, USA, Südafrika, Pakistan, Schweden und Frankreich im *Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI)* zusammengeschlossen, um ein starke internationale sozialistische Bewegung aufzubauen.

Mach mit bei der SAV!

Sämtliche Abschiebungen müssen gestoppt werden. Wir kämpfen für ein Bleiberecht für alle in Deutschland lebenden Menschen. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Abschiebhaft.

## Bleiberecht für alle!

Flüchtlinge müssen die volle Sozialhilfe in bar bekommen, Massenverpflegung, Lebensmittelgutscheine und menschenunwürdige Sammellager müssen abgeschafft werden.

Wir treten dafür ein, daß genug Wohnraum für alle in Deutschland lebenden Menschen geschaffen wird. Die technischen Möglichkeiten sind vorhanden. Wenn die Miethaie sich davon nicht genug Profit versprechen, müssen Bund, Länder und Gemeinden den Wohnungsbau übernehmen.

Wir kämpfen für die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze gegen AusländerInnen und für gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Das Fehlen demokratischer Rechte für die AusländerInnen wird von Unternehmern und ihre Politikern benutzt, um ArbeiterInnen und Jugendliche verschiedener Nationalitäten gegeneinander auszuspielen und Lebensstandard und demokratische Rechte abzubauen.

## Ich möchte ...

- weitere Informationen über Eure Arbeit
- Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden

Name, Adresse, Telefon

Einsenden an: Sozialistische Alternative VORAN,  
Hansaring 4, 50670 Köln

☎ 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04

VISAP: C. Ludwig, c/o SAV